

UNION HS

Kreis Heinsberg

22. Jahrgang - 239. Ausgabe

November 2015 Nr. **11**
MITGLIEDERZEITUNG DES CDU-KREISVERBANDES HEINSBERG

Diskussionsveranstaltung zum Thema "Herausforderung Flüchtlinge"

➤ Am 21. September 2015 fand eine Veranstaltung des CDU-Kreisverbandes Heinsberg mit Wilfried Oellers MdB, Dr. Gerd Hachen MdL, Landrat Stephan Pusch und Bürgermeister Bernd Jansen im Heinrich-Köppler-Haus in Heinsberg statt.

Eine Herausforderung war es zunächst, alle Interessenten im Sitzungssaal unterzubringen, denn er platzte schon zu Beginn der Veranstaltung aus allen Nähten.

Nach der Begrüßung durch den Kreisvorsitzenden Bernd Krückel MdL hatten die vier Gäste zu nächst Zeit für eine Stellungnah-

me aus Sicht des Bundes, des Landes, des Kreises und der Kommunen.

Es schloss sich eine intensive Diskussion mit den Teilnehmern an, bei der weltpolitische Konstellationen ebenso beleuchtet wurden wie kommunale Probleme und gesellschaftliche Sorgen.

Nach einer ausführlichen Gesprächsrunde dankte CDU-Kreisvorsitzender Bernd Krückel vor allem allen in diesem Bereich aktiven Ehrenamtlichen, aber auch den Hauptamtlichen, die deutlich mehr leisten, als es ihr Dienstplan hergibt.

Monika Schmitz



v.l.n.r.: Bürgermeister Bernd Jansen, Landrat Stephan Pusch, Dr. Gerd Hachen MdL, Kreisvorsitzender Bernd Krückel MdL und Wilfried Oellers MdB



Blick in den Veranstaltungsraum des Heinrich-Köppler-Hauses.

Inhalt

| | |
|---|-------|
| Innere Sicherheit geht uns alle an..... | 2 |
| Bericht der Europaabgeordneten..... | 3 |
| Berichte aus Berlin | 4-7 |
| Termine | 8-9 |
| CDA: Herausforderung der derzeitigen Asyl- und Flüchtlingspolitik | 10 |
| STV Hückelhoven/OV Ratheim/Altmühl: Sommerfest ein voller Erfolg | 11 |
| Die Region wird vernetzt..... | 11 |
| Neues aus Düsseldorf..... | 12-13 |
| OV Doveren: Weihnachtsbaumaktion ... | 14 |
| Busreise nach Wien 2016 | 15 |
| Stichwahlergebnisse in Geilenkirchen ... | 15 |
| Rom-Fahrt | 16 |
| CDU Wegberg: | |
| Reisebericht Berchtesgaden..... | 16 |

Redaktionsschluss
für die
Ausgabe
Dezember
2015:
16.11.

Innere Sicherheit geht uns alle an

➤ Nach einem ersten Informationsaustausch in noch kleiner Runde hatte der AG-Leiter "Innere Sicherheit", Thomas Schnelle, zu einer Fortsetzung samt Fachvortrag nach Heinsberg ins Heinrich-Köppler-Haus eingeladen. Schnelle nutzte seine Kontakte als Polizeibeamter und gewann mit Dieter Prosch einen Referenten, der mit detaillierten Zahlen, Daten, Fakten aus dem Kreis Heinsberg aufwarten konnte.



Thomas Schnelle links, Dieter Prosch rechts

Dieter Prosch, Leiter der Direktion Kriminalität des Kreises Heinsberg: "Wir leben im Kreis Heinsberg deutlich unter der durchschnittlichen Kriminalitätsrate des Landes NRW." Stolz war er auch auf die Aufklärungsquote im Bereich des Wohnungseinbruches, die im letzten Jahr mit 21,3 % weit über dem Landesdurchschnitt lag. Dennoch sollte sich jeder bewusst machen, nicht leichtsinnig zu sein. So sollen Wertgegenstände nicht offen sichtbar im Auto liegen gelassen werden und ein gekipptes Fenster ist eben ein offenes Fenster.

Für Privatwohnungen und -häuser sowie für Gewerbebetriebe gibt es die technische Prävention. Die Beratungsleistung der Polizei ist kostenfrei und hilft, Schwachstellen der Sicherheit aufzudecken und zu beseitigen. Prosch wies mehrfach deutlich darauf hin, dieses Beratungsangebot in Anspruch zu nehmen. Zu erreichen ist die Abteilung technische Prävention unter 02452-9205555.

Im Anschluss an die Präsentation gab es in der Diskussionsrunde auch kritische Nachfragen. Wie gut ist die Polizei im

Allgemeinen und natürlich im Kreis HS im Besonderen wirklich personell aufgestellt? Die subjektive Wahrnehmung in der Öffentlichkeit spiegelt einen anderen Eindruck wider als die Bilanz von offizieller Seite. Auch fürchten viele einen Anstieg der Kriminalität aufgrund der wachsenden Flüchtlingszuzüge. Dies soll den Themenschwerpunkt des nächsten AG-Treffens bilden, den Schnelle zum Abschluss in naher Zukunft in Aussicht stellte.

Daniel Reichling



SABINE VERHEYEN

UNSERE REGION IM HERZEN EUROPA FEST IM BLICK



Wir brauchen eine einheitliche europäische Datenschutzreform

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

dass persönliche Daten bei großen Weltkonzernen wie etwa Facebook oder Google nicht immer in den besten Händen sind, ist den meisten Internet-Nutzern bekannt. Spätestens seit den Enthüllungen durch den Whistleblower Edward Snowden, ist das Thema Datenschutz in aller Munde. Dennoch sind viele Bürgerinnen und Bürger der Meinung, der Ausbeutung ihrer Daten gegenüber großen Konzernen machtlos zu sein. Nicht so Maximilian Schrems. Der österreichische Jurist hakte nach, wie Facebook seine Daten nutzt – mit dem Ergebnis, dass das umstrittene Safe-Harbour Abkommen vom Gerichtshof der Europäischen Union (EuGH) nun für ungültig erklärt wurde.

Die EU-Grundrechtscharta spricht jedem Menschen in der EU das Recht auf den Schutz seiner persönlichen Daten zu. Werden europäische Daten in ein Drittland übermittelt, so muss garantiert sein, dass auch dort ein angemessenes Datenschutzniveau vorliegt. Im Jahr 2000 erklärte die Europäische Kommission, dass die USA diesen ausreichenden Schutz grundsätzlich

bieten. Den USA wurde somit der Status eines „Safe Harbour“ (sicherer Hafen) für europäische Daten zugesprochen. Damit war es für Konzerne einfacher, personenbezogene Daten in die USA zu transferieren.

Die CDU/CSU-Fraktion im Europäischen Parlament sah das allerdings anders: Nach den Enthüllungen im NSA-Skandal war für uns klar, dass die USA nicht länger ein „sicherer Hafen“ für personenbezogene Daten aus der EU sind. Das Abkommen hat somit zu keinem Zeitpunkt ausreichenden Datenschutz für europäische Daten gewährleisten können. Daher forderten wir bereits 2014 die Aufhebung des Safe-Harbor Mechanismus. Das Urteil des EuGH hat dies nun bestätigt.

Obwohl das Urteil sicherlich ein Meilenstein auf dem Weg zum verbesserten Datenschutz ist, hinterlässt das gekippte Abkommen einen gewaltigen rechtlichen Flickenteppich. Grundsätzlich dürfen Unternehmen Daten zwar weiterhin an Server in die USA übermitteln. Doch so lange es keinen Ersatz für das Abkommen gibt, muss jeder der 28-Mitgliedstaaten der EU einzeln prü-

fen, ob sich Unternehmen an die Vorgaben zum Datenschutz halten. Das ist für Unternehmen und nationale Datenschutzbehörden auf Dauer aufwendig und bedeutet vorerst eine erhebliche Rechtsunsicherheit. Eine Übergangslösung sieht der EuGH in seinem Urteil nämlich nicht vor.

Nun ist es dringend erforderlich, eine einheitliche europäische Datenschutzreform zügig abzuschließen. Denn wir wollen unseren Bürgerinnen und Bürgern zukünftig einen besseren Schutz ihrer persönlichen Daten garantieren und wir wollen Unternehmen einen einheitlichen Rechtsrahmen bieten. Eine endgültige Fassung der EU-Datenschutzgrundverordnung wird zurzeit im Trilog zwischen Ministerrat, Kommission und Parlament abgestimmt und soll noch bis Ende 2015 verabschiedet werden.

Auch wenn das EuGH-Urteil selbst noch keine Garantie für einen besseren Datenschutz ist, so ist es doch ein deutliches Zeichen: Einerseits, weil es darlegt, dass Europa das Recht auf Datenschutz ernst nimmt und nicht bereit ist, Schlupflöcher zu schaffen - auch nicht für Weltkonzerne oder amerikanische Behörden. Andererseits aber auch, weil Maximilian Schrems gezeigt hat, dass man als "einfacher Bürger" eben nicht machtlos gegen den Missbrauch seiner Daten ist. Es liegt jetzt in der Verantwortung der Europäischen Kommission, ein neues und stärkeres Abkommen mit den USA auf den Weg zu bringen.



So erreichen Sie Sabine Verheyen:

Europabüro Aachen

Monheimsallee 37
52062 Aachen
Tel.: 0241 - 5600 6933/34
Fax: 0241 - 5600 6885
Mail:
sabine.verheyen@europarl.europa.eu
Mitarbeiter:
Natalie Heusch, Daniela Gebauer

Europabüro Brüssel

Rue Wiertz 60 ASP 15E112
B 1047 Brüssel
Tel.: 0032 228 37299/47299
Fax: 0032 228 49299
Mail:
sabine.verheyen@europarl.europa.eu
Mitarbeiter:
Katharina Rieke, Katharina Radloff

Ihre Sabine Verheyen



Verfolgten helfen, Asylmissbrauch bekämpfen Gesetzespaket zum Asylrecht trägt Handschrift der Union.

Die Flüchtlingssituation stellt uns und unser Land derzeit vor große Herausforderungen. Momentan stehen bei der Bewältigung der hohen Zahl von Flüchtlingen und Asylbewerbern die praktischen Fragen im Vordergrund: Wie können Unterkünfte organisiert und die Verfahren beschleunigt werden? Was können wir tun, damit die Sicherung der EU-Außengrenzen wieder funktioniert und die Ankommenden gerecht innerhalb Europas verteilt werden? Was müssen wir tun, um die Fluchtursachen vor Ort zu bekämpfen? An der Lösung dieser Aufgaben arbeitet die Politik mit Hochdruck.

Die Kommunen haben bislang einen gewaltigen Kraftakt geleistet, um zur Willkommenskultur in Deutschland beizutragen — und sie tun dies weiterhin, obwohl sie an der Grenze der Belastbarkeit stehen. Hierfür gebührt den Kommunen und dem vor allem ehrenamtlich getragenen Engagement vor Ort große

Anerkennung. Es gebührt den Verantwortlichen in den Rathäusern Dank und Anerkennung, dass sie bislang den Spagat schaffen zwischen der Aufrechterhaltung der regulären Alltagsaufgaben und der Bewältigung der Unterbringung und Betreuung der noch nie dagewesenen Zahl an Asylbewerbern und Flüchtlingen.

Bei dieser Aufgabe brauchen die Kommunen dringend Hilfe und Unterstützung — die Ergebnisse des Flüchtlingsgipfels am 24. September 2015, für die weitgehend am 15. Oktober 2015 das Gesetzgebungsverfahren im Deutschen Bundestag abgeschlossen worden ist, sind ein gutes Signal für die Kommunen. Die Einigung trägt in weiten Teilen die Handschrift der Union und setzt bereits seit längerem diskutierte Forderungen um:

- Der Bund wird zukünftig die Verteilung der in Deutschland ankommenden Asylbewerber und Flüchtlinge flexibel unter Berücksichtigung des Königsteiner

Schlüssels organisieren. Er richtet Wartezentren für ankommende Asylbewerber und Flüchtlinge ein und übernimmt ihre Verteilung. Bund und Länder verpflichten sich ferner, die jeweiligen Voraussetzungen dafür zu schaffen, die Asylbewerber und Flüchtlinge erst nach förmlicher Asylantragstellung auf die Kommunen zu verteilen.

- Albanien, Kosovo und Montenegro werden zu sicheren Herkunftsstaaten im Sinne von Art. 16a Absatz 3 Grundgesetz bestimmt, um die Asylverfahren der Staatsangehörigen dieser Länder weiter zu beschleunigen.

- Um die Asylverfahren priorisieren und zügig bearbeiten zu können, sollen Asylbewerber verpflichtet werden können, bis zu sechs Monate, solche aus sicheren Herkunftsstaaten bis zum Abschluss des Verfahrens, in Erstaufnahmeeinrichtungen zu verbleiben. Bund und Länder verpflichten sich zur konsequenten Durchsetzung bestehender Ausreisepflichten. Die Landesregierungen können Rückführungen vollziehbarer Ausreisepflichtiger aus humanitären Gründen zukünftig nur noch für maximal drei Monate aussetzen.

- Um die Unterbringung von Asylbewerbern und Flüchtlingen zu erleichtern, werden Abweichungen von bauplanungsrechtlichen Standards ermöglicht.

- Bei den Vorschriften zum Einsatz erneuerbarer Energien werden Erleichterungen ermöglicht,



So erreichen Sie Wilfried Oellers:

Wahlkreisbüro

Schafhausener Str. 42
52525 Heinsberg
Telefon: 02452-9788120
Fax: 02452-9788125
E-Mail:
wilfried.oellers.wk@bundestag.de

Web: www.wilfried-oellers.de

Facebook: <https://www.facebook.com/WilfriedOellers.CDU>

Deutscher Bundestag

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: 030-227 772 31
Fax: 030-227 762 33
E-Mail:
wilfried.oellers@bundestag.de

ebenso bei den energetischen Anforderungen an Wärmeschutz bzw. Anlagentechnik in Gebäuden für Asylbewerber und Flüchtlinge.

- Fehlanreize für unberechtigte Asylanträge werden beseitigt — es gilt in Zukunft: Vorrang für Sachleistungen, Vorauszahlung von Geldleistungen für höchstens einen Monat, Möglichkeit von Leistungskürzungen, Beschäftigungsverbot für Asylbewerber aus sicheren Herkunftsstaaten.

- Bund und Länder werden zeitgleich ein Gesetz zur Verbesserung der Unterbringung, Versorgung und Betreuung ausländischer Kinder und Jugendlicher verabschieden, um eine unter Kindeswohlgesichtspunkten notwendige Verteilung der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge bundesweit und landesintern zu ermöglichen. Dabei soll die im Gesetzentwurf geregelte bundesweite Aufnahmepflicht für alle Länder mit einer Übergangsphase zum 1. Januar 2016 zum Tragen kommen. Der notwendige Sachkompromiss zum Ausgleich der Belastungen durch die Anzahl der Fälle, der Anrechnung auf die Quote der zu Versorgenden und die Abrechnung der Fälle wird im vorliegenden Gesetzentwurf der Bundesregierung ausgewogen und umsetzbar dargestellt und von den Ländern gemeinsam getragen.

- Die Einführung der Gesundheitskarte bleibt den Ländern überlassen. Der Bund schafft die dafür notwendigen gesetzlichen Voraussetzungen. Die gesetzlichen Krankenkassen sollen von den Ländern verpflichtet werden können, gegen Kostenerstattung die Krankenbehandlungen bei Asylbewerbern zu übernehmen. In diesem Zusammenhang kann die Ausgabe einer elektronischen Gesundheitskarte vereinbart werden. Die Leistungen sollen sich wie bisher im Rahmen des AsylBLG bewegen.

- Der Bund öffnet die Integrationskurse für Asylbewerber mit guter Bleibeperspektive und stockt die hierfür vorgesehenen Mittel entsprechend dem gestiegenen Bedarf auf. Darüber hinaus wird eine verstärkte Vernetzung zwischen

Integrationskursen und berufsbezogenen Sprachkursen hergestellt, unter verstärkter Einbeziehung der Bundesagentur für Arbeit.

- Personen mit guter Bleibeperspektive werden künftig bereits frühzeitig die für die Eingliederung in den Arbeitsmarkt erforderlichen Leistungen der aktiven Arbeitsförderung erhalten können.

- Der Bund unterstützt Länder und Kommunen beim Neubau von Wohnungen und bei der Ausweitung des Bestands an Sozialwohnungen — Erhöhung der Bundesmittel an die Länder um jeweils 500 Millionen Euro in den Jahren 2016 bis 2019, verbilligte Bereitstellung weiterer Bundesliegenschaften und -immobilien über Konversionsflächen hinaus.

- Bund und Länder sind sich einig, dass die Ausländer- und Sozialbehörden sowie Verwaltungsgerichte personell und organisatorisch in der Lage sein müssen, die hohe Zahl der auf sie zulaufenden — positiven wie negativen — Entscheidungen des BAMF angemessen zu bewältigen.

- Bund, Länder und Kommunen werden verstärkt zusammenarbeiten, um bei jeder vollziehbaren Ausreisepflicht zügig die Rückführung zu veranlassen.

- Der Bund verpflichtet sich, die Asylverfahren trotz steigender Antragszahlen auf durchschnittlich drei Monate zu verkürzen, die Altfälle abuarbeiten und den Zeitraum zwischen Registrierung und Antragstellung erheblich zu verkürzen, so dass eine Verkürzung des Verfahrens bis zur Entscheidung des BAMF auf maximal fünf Monate im Jahr 2016 erreicht wird.

- Der Bund erhöht den für 2015 vorgesehenen Betrag zur Entlastung der Länder um eine Milliarde, die über Umsatzsteuerpunkte verteilt werden.

- Der Bund trägt ab dem 1. Januar 2016 einen Teil der Kosten für den Zeitraum von der Registrierung bis zur Erteilung eines Bescheides durch das BAMF. Das geschieht, indem der ermittelte durchschnittliche Aufwand pro Asylbewerber nach dem AsylBLG in Höhe von 670 EUR monatlich an

die Länder erstattet wird. (Einbezogen sind alle Fälle, die am 1. Januar 2016 im Verfahren sind und im Laufe des Jahres ins Verfahren kommen für die jeweilige Dauer).

- Darüber hinaus werden den Ländern für diejenigen Antragsteller, die nicht als politisch Verfolgte und Kriegsflüchtlinge anerkannt wurden, für pauschal einen Monat ebenfalls 670 Euro erstattet.

- Der Bund leistet einen Beitrag zur Finanzierung der Kosten für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge in Höhe von 350 Millionen Euro jährlich. Sobald die Zahl der unbegleiteten Minderjährigen deutlich rückläufig ist, erfolgt eine Überprüfung der Leistung des Bundes.

- Die Bundesregierung wird die Betreuung von Kindern weiter unterstützen. Hierzu wird der Bund die finanziellen Spielräume im Bundeshaushalt, die durch den Wegfall des Betreuungsgeldes bis 2018 entstehen, dazu nutzen, Länder und Kommunen bei Maßnahmen zur Verbesserung der Kinderbetreuung zu unterstützen.

Der Bund wird die Länder und Kommunen mit dem verabschiedeten Gesetzespaket sowie dem Zweiten Nachtragshaushalt 2015 auch erheblich finanziell entlasten bzw. unterstützen. Dies bedeute im Einzelnen:

- Mit dem Zweiten Nachtragshaushaltsgesetz 2015 wird die bisher für dieses Jahr vorgesehene Entlastung der Länder und Kommunen um eine weitere Milliarde Euro erhöht, so dass Länder und Kommunen in diesem Jahr um insgesamt 2 Mrd. Euro entlastet werden. Die Umsetzung erfolgt durch eine Änderung des Entlastungsbeschleunigungsgesetzes im Rahmen des parlamentarischen Verfahrens. Die Verteilung der Mittel erfolgt ebenfalls über eine Änderung des Finanzausgleichsgesetzes über Umsatzsteuerpunkte.

- Mit dem Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz werden wir Länder und Kommunen bei der Aufnahme und Unterbringung von Flüchtlingen im Jahr 2016 in Höhe von insgesamt 3,673 Mrd. Euro unterstützen. Die Verteilung der Mit-

tel erfolgt ebenfalls über eine Änderung des Finanzausgleichsgesetzes über Umsatzsteuerpunkte.

Abschlag 2016 Asylbewerber

2.680 Mio. €

Abschlag 2016 abgelehnte
Asylbewerber

268 Mio. €

Unbegleitete minderjährige
Flüchtlinge

350 Mio. €

Verbesserung Kinderbetreuung

339 Mio. €

Summe Entlastung Länder

3.637 Mio. €

(In diesen Mitteln enthalten sind die Kosten für Asylbewerber in Höhe einer Pauschale von 670 Euro pro Monat ab dem kommenden Jahr.)

• Des Weiteren wird der Bund 2016 bis 2019 jährlich zusätzlich 500 Mio. Euro für den sozialen Wohnungsbau zur Verfügung stellen. Nach dem Entflechtungsgesetz erhalten die Länder bereits

jährlich 518 Mio. Euro vom Bund für den sozialen Wohnungsbau. In den kommenden vier Jahren stehen damit jährlich gut eine Milliarde Euro bereit.

Der Bund wird die Länder und Kommunen finanziell erheblich entlasten. Das Bestreben der CDU/CSU-Fraktion ist insbesondere die finanzielle Situation der Kommunen zu verbessern. Leider kann der Bund das dringend benötigte Geld nicht direkt an die Kommunen gehen, sondern über den Umweg Bundesländer. Auch diesmal muss genau darauf geachtet werden, ob die Landesregierung NRW das Geld auch in Gänze weitergibt. Insbesondere bei den geplanten 670 Euro pro Monat und Flüchtling Bundespauschale, müssen die Kommunen darauf bestehen die komplette Summe zu erhalten. Schon jetzt ist von nur 525 Euro und somit 145 Euro weniger die Rede.

Dieses Gesetz trägt deutlich die Handschrift der Union. Der

SPD und den Grünen wurden hierbei erhebliche Eingeständnisse abgerungen, die sicherlich vor 3 bis 4 Monaten nicht möglich gewesen wären.

Dieses Maßnahmenpaket kann nur ein erster – wenn auch sehr wichtiger – Schritt sein, um die erheblichen Auswirkungen der Flüchtlingsströme in unserem Land besser bewältigen zu können. Weitere Maßnahmen müssen ergriffen werden. Flüchtlinge ohne Bleibeperspektive sollten direkt an der Grenze abgewiesen werden können. Zudem muss eine europäische Lösung schnellstens erarbeitet werden. Es handelt sich hierbei nicht um eine rein deutsche Thematik. Die anderen Staaten müssen hierzu auch ihren Beitrag leisten. Die EU-Außengrenzen müssen zudem gesichert werden.

Wilfried Oellers MdB

Zu Besuch in Berlin

MdB Oellers empfängt Teilnehmer der BPA-Fahrt in der Hauptstadt

➤ Vier Tage volles Programm – das erwartete die Teilnehmer der Berlin-Fahrt auf Einladung des Heinsberger Bundestagsabgeordneten Wilfried Oellers. Rund 50 Bürgerinnen und Bürger aus dem Kreis Heinsberg hatten sich aufgemacht, um sich in Berlin über das politische Geschehen zu informieren. Neben CDU-Mitgliedern aus dem gesamten Kreisgebiet waren auch ehrenamtliche Helfer der Tafelrichtungen aus Übach-Palenberg, Heinsberg, Erkelenz, Hückelhoven und Wegberg eingeladen. Mit dieser Einladung wollte MdB Oellers seinen Dank und Anerkennung für den großen Einsatz der Tafelrichtungen im Kreisgebiet ausdrücken.

Auf dem Programm standen neben einer politischen Stadtrundfahrt unter anderem ein Besuch des ehemaligen Stasige-

fängnis in Hohenschönhausen oder auch ein Rundgang am Denkmal für die ermordeten Juden Europas. Hinzu kamen Informationsgespräche beispielsweise im Bundesrat und selbstverständlich auch im Bundestag.

Hier begrüßte Wilfried Oellers seine Reisegruppe und infor-

mierte sie über den alltäglichen Ablauf in Berlin aber auch im Wahlkreis. Im Anschluss an die Diskussion mit dem CDU-Bundestagsabgeordneten brachte Oellers die Gruppe auf die Reichstagskuppel. Hier konnte bei schönem Sonnenschein ein toller Ausblick auf Berlin genossen werden.

Wilfried Oellers MdB



Schulen zu Gast im Bundestag

➤ Schulklassen besuchten anlässlich ihrer Klassenfahrten nach Berlin den heimischen Bundestagsabgeordneten Wilfried Oellers an seinem Arbeitsplatz.

Den vielen Fragen der Schülerinnen und Schülern der Klassen 10 d, 10e, 10 f der Realschule Heinsberg und einer Klasse der Betty-Reis-Gesamtschule Wasenberg stellte sich der Abgeordnete sehr gerne. Insbesondere die Flüchtlingsthematik und die Griechenlandkrise wurden ausführlich diskutiert.

Im Anschluss an die kurzweiligen Diskussionen hatten die Gruppen von der Kuppel aus die Gelegenheit, Berlin von „oben“ zu entdecken.

Einen ganz besonderen Wunsch hatte zudem die Klasse der Betty-Reis-Gesamtschule Wasenberg: Sie wollten die Brockhageskulptur, ein Mahnmal gegen den Nationalsozialismus, die früher auf dem Schulgelände der Europaschule stand, besichtigen.

Wilfried Oellers MdB



Terminvorschau:

CDU-Kreisverband Heinsberg/Agrarrausschuss

Donnerstag, 10.12.2015,
10.00-12.00 Uhr,
KSK Erkelenz

Gast:
Parlamentarischer Staatssekretär
im Landwirtschaftsministerium
Peter Bleser MdB

Termine:

Bundesverband

Vorschau:

CDU-Bundesparteitag

Sonntag, 13. - Dienstag, 15.12.2015

Karlsruhe

Delegierte erhalten Einzeleinladung

Bezirksverband

CDU-Bezirksvorstand

Freitag, 06.11.2015, 19.00 Uhr,

Hotel „Mariaweiler Hof“,

Düren-Mariaweiler

Kreisverband

CDU-Kreis Heinsberg

2. Seminar für Pressesprecher und Mandatsträger

Freitag, 06.11.2015, 14.30-17.30 Uhr

Heinrich-Köppler-Haus, Heinsberg

Referent: Hans-Georg Minkenberg

Vorschau:

geschäftsführender CDU-Kreisvorstand

Mittwoch, 09.12.2015, 18.30 Uhr,

Ort offen

CDU-Vorsitzendenkonferenz

Mittwoch, 09.12.2015, 19.30 Uhr,

Ort offen

CDU-KV Heinsberg/ Agrarausschuss

Donnerstag, 10.12.2015,

10.00-12.00 Uhr, KSK Erkelenz

Gast: Parlamentarischer Staatssekretär im Landwirtschaftsministerium Peter Bleser MdB

Erkelenz

CDU-OV Vorstand Erkelenz

Mittwoch, 04.11.2015, 19.00 Uhr,

Bistro Café „Kö“

CDU-OV Erkelenz

Offene Vorstandssitzung „OVE fokussiert“

Mittwoch, 04.11.2015, 20.00 Uhr,

Bistro Café „Kö“

CDU-STV Vorstand Erkelenz

Montag, 30.11.2015, 19.30 Uhr,

Hotel „Zum Schwanenhof“

Vorschau:

CDU-OV Erkelenz Marktstand zu Weihnachten

Samstag, 19.12.2015, 10.30-13.00 Uhr,

Marktplatz

Erkelenz

CDU-OV Lövenich-Katzem-Kleinsbouslar

Adventfeier

Samstag, 19.12.2015, 19.00 Uhr,

Landhaus „Göddertzhof“, Erkelenz-Kleinsbouslar

CDU-OV Erkelenz

Traditionelles Dreikönigstreffen

Sonntag, 10.01.2016, 10.30-13.00 Uhr,

Bistro Café „Kö“

Gangelt/Selkant/Waldfeucht

Vorschau:

Gemeinsame Veranstaltung der

CDU-/JU-Gemeindeverbände

Gangelt/Selkant/Waldfeucht

zum Thema:

„Demografischer Wandel - Wie entwickelt sich unsere Heimat?“

Referent ist der Leiter der

Stabsstelle Demografischer Wandel

und Sozialplanung des Kreises

Heinsberg, Volkhardt Dörr

Genauer Termin wird noch bekanntgegeben.

Heinsberg

CDU-OV Vorstand Randerath-

Uetterath-Himmerich

Donnerstag, 05.11.2015, 19.30 Uhr

Gaststätte Neunfinger, Randerath

CDU-STV Heinsberg

Mitgliederversammlung mit Wilfried Oellers MdB

Mittwoch, 25.11.2015, 19.00 Uhr,

Begegnungsstätte
(Stadthalle Heinsberg)

Hückelhoven

CDU-OV Doveren

Wie kommt Sprudel in die Flasche/Dose?

Freitag, 06.11.2015, 17.30 Uhr

Treffpunkt Werksgelände der DICO-

Getränkeindustrie GmbH

Anm. erbeten 02433/4644 oder

02433/43208 oder per E-Mail:

leonards-schippers@t-online.de

CDU-OV Doveren

Weihnachtsbaumaktion

Samstag, 12.12.2015, 14.00 Uhr,

siehe S. 14

Übach-Palenberg

CDU-Vorstand STV Übach-Palenberg

Mittwoch, 04.11.2015, 19.00 Uhr

Tagungsort offen

Vorschau:

CDU-STV Übach-Palenberg

Adventfrühstück

Samstag, 12.12.2015, 10.00 Uhr,

Café Plum

CDU-STV Vorstand Übach-Palenberg

Mittwoch, 16.12.2015, 19.00 Uhr,

Ort offen

CDU-STV Vorstand Übach-Palenberg

Mittwoch, 20.01.2016, 19.00 Uhr,

Ort offen

CDU-STV Übach-Palenberg

Obstbaumschnitt - aber richtig

mit Herbert Theißen von der

Biologischen Station der Städte-

Region Aachen

Samstag, 13.02.2016, 09.00 Uhr,

Treffpunkt Erlöserkirche Übach

Wegberg

CDU-STV Wegberg

Politischer Frühschoppen

Sonntag, 08.11.2015, 11.00 Uhr

Gasthaus Cohnen,

Gladbacher Str. 20-22

Vorschau:

CDU-STV Wegberg

Fahrt zum Weihnachtsmarkt Monschau

Freitag, 11.12.2015, Abfahrt Wegberg,

Parkpl. Schwalmaue 10.45 Uhr,

Abfahrt Holtum, Bushaltestelle 10.50

Uhr, Abfahrt Uevekoven, Bushalte-

stelle Clown Uwe 10.50 Uhr, Abfahrt

Rath-Anhoven Bushaltestelle gegen-

über Gastst. Cohnen 10.50 Uhr

Fahrtpreis: 21,- €, Kartenverkauf

Montag, 02.11.2015, 15.00-17.00 Uhr,

KSK Wegberg (erster Raum links)

Auskunft erteilt Klaus Brunen,

02434/240591

Frauen Union

FU-STV Übach-Palenberg

Hobby-Künstlerinnen-Aus-

stellung

Sonntag, 15.11.2015, 11.00 Uhr, CMC

FU-Kreisvorstand

Martinsgansessen

Dienstag, 24.11.2015, 18.00 Uhr

Hotel „Weydenhof“, Übach-Palenberg

FU-STV Heinsberg
Feuerzangenbowle
Donnerstag, 26.11.2015, 18.00 Uhr
Heinrich-Köppler-Haus

Vorschau:

FU-Kreisverband Heinsberg
Neujahrsempfang
Sonntag, 17.01.2016, 11.00 Uhr
Heinrich-Köppler-Haus

FU-Kreisverband Heinsberg
Mädchersitzung
Freitag, 22.01.2016, Beginn 13.00 Uhr,
Anm. erforderlich bei: Rosemarie
Gielen, 02454/1436, siehe S. 7

Junge Union

JU-Kreisvorstand
Samstag, 07.11.2015, 16.00 Uhr,
Heinrich-Köppler-Haus

Vorschau:

JU-Kreisvorstand
mit anschl. Weihnachtsfeier
Sonntag, 06.12.2015, 11.00 Uhr,
Heinrich-Köppler-Haus

KPV

KPV-Landesdelegiertentagung
Samstag, 07.11.2015, 10.00 Uhr,
EUROGRESS Aachen

MIT/WIV

Vorschau:

MIT/WIV-Kreisvorstand
Donnerstag, 11.02.2016, 19.00 Uhr,
Heinrich-Köppler-Haus, HS

MIT/WIV-Kreis
**Neujahrsempfang/
Dämmerchoppen**

Montag, 15.02.2016, Uhrzeit und
Tagungsort offen

MIT/WIV-Kreisvorstand
Donnerstag, 12.05.2016, 19.00 Uhr,
Heinrich-Köppler-Haus, HS

MIT/WIV-Kreisvorstand
Donnerstag, 05.07.2016, 19.00 Uhr,
Heinrich-Köppler-Haus, HS

MIT/WIV-Kreis
Mitgliederversammlung
Donnerstag, 05.07.2016, 20.00 Uhr,
Heinrich-Köppler-Haus, HS

MIT/WIV-Kreisvorstand
Dienstag, 25.10.2016, 19.00 Uhr,
Heinrich-Köppler-Haus, HS

Senioren Union

SEN-STV Heinsberg/Wassenberg
**Mitgliederversammlung
(gemeinsames Frühstück)**
Donnerstag, 05.11.2015, 09.30 Uhr,
Gaststätte „Zur Post“ Orsbeck
Anm. erbeten: ulrich.jers@gmx.de

SEN-STV Erkelenz
Vorbereitung Adventfeier
Dienstag, 10.11.2015, 16.00 Uhr,
Gaststätte Kirchhofer

SEN-STV Vorstand Heinsberg/
Wassenberg
Dienstag, 17.11.2015, 16.00 Uhr,
Heinrich-Köppler-Haus, Heinsberg

Vorschau:

SEN-STV Heinsberg/Wassenberg
**Besuch Weihnachtsmarkt
Valkenburg**
Dienstag, 01.12.2015,
Einzelheiten folgen

SEN-STV Erkelenz
**Halbtagesfahrt zum Weih-
nachtsmarkt Essen**

Donnerstag, 03.12.2015, Abf. offen

SEN-Kreisvorstand
Vorstandssitzung
Montag, 07.12.2015, 15.00 Uhr,
Heinrich-Köppler-Haus, Heinsberg

SEN-STV Erkelenz
Adventessen
Dienstag, 08.12.2015, 15.00 Uhr,
Ort offen

SEN-STV Übach-Palenberg
**Adventliches Beisammen-
sein mit Kaffee, Kuchen,
Gesang und adventlichen
Geschichten**

Donnerstag, 10.12.2015, 15.00 Uhr,
Mehrgenerationenhaus Palenberg
Anm. bei Monika Aretz 02451/41801
oder Artur Wörthmann 02451/43502

SEN-Landesdelegiertentag NRW

Montag, 29.08.2016,
Hotel Nikko, Düsseldorf

SEN-Bundesdelegierten- versammlung

05.-07.10.2016,
Maritim-Hotel Magdeburg

AG/AK

AK Bildung und Reisen
Städtetrip nach Wien
30.04.-05.05.2016 (siehe S. 15)

AK Bildung und Reisen
Kanalinseln (ausgebucht)
11.-19.06.2016, evtl. 2. Fahrt

AK Bildung und Reisen
Apulien
13.-20.09.2016

AK Bildung und Reisen/FU-KV Heinsberg
Rom
01.-09.10.2016



Weihnachtsmarkt Essen

Herausforderungen der gegenwärtigen Asyl- und Flüchtlingspolitik in Deutschland und Europa

➤ Vor dem Hintergrund der nicht abbrechenden, großen Flüchtlingsbewegungen nach Deutschland und Europa und den damit verbundenen humanitären und politischen Herausforderungen erklärt der Bundesvorstand des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU (EAK):

„Die gewaltigen Flüchtlingsbewegungen nach Deutschland und Europa stellen für uns eine ganz besondere humanitäre, gesellschaftliche und politische Herausforderung dar. Das Gebot der Stunde lautet jetzt: All diejenigen, die in größter Verzweiflung und aufgrund von schwerer Not und Verfolgung den Weg zu uns finden, müssen erst einmal menschenwürdig untergebracht und schnell mit allem Nötigsten versorgt werden. Die enorme ehrenamtliche Hilfsbereitschaft und Gastfreundschaft des ganz überwiegenden Teils der deutschen Bevölkerung, die in diesen Tagen zu Recht auf der ganzen Welt große Beachtung und Wertschätzung erfährt, verdient hohe Anerkennung und großen Dank. Die Entscheidung von Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel in einer besonderen humanitären Notlage schnelle Hilfe zu gewährleisten, entspricht dem christlichen Menschenbild und ist ein Gebot der christlichen Nächstenliebe.

Ebenso wichtig ist es aber auch, dass wir in Deutschland zügig wieder ordentliche und geregelte Verfahren sicherstellen. Einerseits müssen die Asylverfahren nun mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln beschleunigt werden, damit den tatsächlich Verfolgten Schutz, Hilfeleistungen und eine zügige Integrationsperspektive eröffnet werden kann. Andererseits muss auch klar sein, dass diejenigen, die keinen Anspruch auf Asyl genießen, hier keine Bleibeperspektive haben können und zeitnah sowie konsequent in ihre Herkunftsländer zurückgeführt werden. Hier sind vor allem die Bundesländer gefordert. Die überlasteten Kommunen müssen von Bund und Ländern stärker unterstützt und entlastet werden.

Aber nicht nur Deutschland, sondern ganz Europa ist dieser Tage aufgefordert, sich wieder neu als Wertegemeinschaft zu verstehen. Zu den Grundwerten des vereinten Europas gehören der Schutz der Menschwürde und die gelebte Solidaritätspflicht gegenüber den Geschundenen, Verfolgten und Notleidenden, die bei uns Zuflucht suchen. Alle Mitgliedsstaaten der Europäischen Union stehen in der Pflicht, Verfolgte aufzunehmen. Wer sich auf die Werte des christlichen Abend-

landes beruft und sich um das christliche Erbe unseres Kontinents sorgt, sollte wissen, dass der auferstandene Christus selbst es ist, der uns in diesem Augenblick zuruft: „Ich bin ein Fremder gewesen und ihr habt mich aufgenommen!“ (Matthäus 25,35)

In allen europäischen Ländern muss jetzt klar sein, worum es geht: Das Projekt des vereinten Europas auf der Basis gemeinsamer humanitärer Werte darf an dieser akuten Flüchtlingsfrage nicht scheitern. Deshalb müssen wir gemeinsam eine europäische Antwort finden. Wir unterstützen das Ziel eines einheitlichen europäischen Asylrechtes, wie es auch Bundesinnenminister Dr. Thomas de Maizière vorgeschlagen hat. Das beinhaltet auch, dass wir mit allen Anstrengungen die Fluchtursachen in den Herkunftsländern bekämpfen müssen, um auch denen Unterstützung, Sicherheit und Hilfe zu leisten, die in den Krisenregionen vor Ort bleiben müssen.

Dem EAK ist klar, dass gegenüber der Aufnahme der Flüchtlinge die große und langfristige Aufgabe die Integration ist.“

EAK-Bundesgeschäftsstelle

IMPRESSUM

UNION HS-Mitgliederzeitung
des CDU-Kreisverbandes
Heinsberg

Herausgeber und Verlag:
CDU-Kreisverband Heinsberg
Schafhausener Str. 42

52525 Heinsberg
Tel. (0 24 52) 91 99 - 0
Fax (0 24 52) 91 99 - 40

info@cdu-kreis-heinsberg.de
www.cdu-kreis-heinsberg.de

Redaktion:
Bernd Krüchel (verantwort.)
Monika Schmitz

Druck:
HS Grafik + Druck GmbH & Co. KG

Erscheinungsweise:
monatlich. UNION HS ist auf umweltfreundlich, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt. Der Bezugspreis ist im Mitgliederbeitrag enthalten. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Reisen:
Der CDU-Kreisverband Heinsberg ist der Vermittler der Reisen, nicht der Veranstalter.

**Bankverbindungen des
CDU-Kreisverbandes Heinsberg:**
Kreissparkasse Heinsberg
IBAN DE70312512200002001006
BIC WELADED1ERK
Raiffeisenbank eG Heinsberg
IBAN DE66370694123300984010
BIC GENODED1HRB

2.700,- Euro für den guten Zweck

Sommerfest des CDU-Ortsverbandes Ratheim/Altmyhl und des CDU-Stadtverbandes Hückelhoven war ein voller Erfolg!

► Unter dem Motto „Wir für Euch – Feiern für den guten Zweck“ fand das diesjährige Sommerfest des CDU-Ortsverbandes Ratheim/Altmyhl und des Stadtverbandes Hückelhoven auf dem Anwesen der Familie Spies von Büllesheim statt.

Die bekannte Band „just:is“ sorgte vor den rund 400 Gästen für eine ausgelassene Stimmung zu sanften wie auch rockigen Klängen. Neben guten Gesprächen und dem ausgelassenen Feiern, stand natürlich der gute Zweck der Veranstaltung im Vordergrund.

So wollte die CDU einmal die Organisationen unterstützen, die unter Einsatz ihres Lebens anderen Menschen zur Hilfe eilen. Die freiwillige Feuerwehr und das technische Hilfswerk sind immer zur Stelle, wenn ihre



Hilfe benötigt wird. Ein vollgelaufener Keller, ein Unfall, bei welchem schweres Gerät benötigt wird, um die Verletzten zu bergen oder auch Hilfeinsätze in Krisengebieten. Das Engagement von Menschen für Menschen scheint grenzenlos!

Doch wenn wir ehrlich sind, sehen viele von uns die Existenz der freiwilligen Feuerwehr und des technischen Hilfswerks als selbstverständlich an.

Und das Interesse am Ehrenamt schwindet. Was passiert,

wenn die freiwillige Feuerwehr und auch das technische Hilfswerk nicht in die Ausbildung der Jugend investieren und keine Anwärter nachkommen?

Um beide Organisationen in der jeweiligen Jugendarbeit zu unterstützen, wollte die CDU mit ihrem karitativen Sommerfest einen finanziellen Beitrag leisten. Dies ist auch gelungen, denn mit einem erwirtschafteten Gesamtbetrag von 2.700,- Euro bekommen beide Organisationen jeweils 1.350,- Euro für ihre Jugendabteilungen überreicht.

Das Angenehme mit dem Nützlichen verbinden, das ist „Feiern für den guten Zweck“ und nach einer solch erfolgreichen Veranstaltung werden wir diese in Zukunft sicherlich wiederholen!
Ramona Fister

Die Region wird vernetzt!

► Die erste E-Bike-Ladestation in Birgden wird mit einem "Großen Bahnhof" eröffnet. Heinz Schmitz, CDU-Ratsherr und REWE-Marktbetreiber, hatte bei der Eröffnung seiner

Station haufenweise prominenten Besuch: Sabine Verheyen MdEP (Bildmitte), Wilfried Oellers MdB, Bernd Krückel MdL, Kreistagsmitglied Erwin Dahlmann, Bürgermeister Bernhard

Tholen und Ortsvorsteher Stephan Palloks besuchten nicht nur die Eröffnung, sondern auch eine REWE-Vorstellung des regionalen Genossenschaftsgedankens.

Bernd Krückel MdL





Vorgelegter Entwurf einer Leitentscheidung zu Garzweiler II bietet die Chance für einen Konsens und für Entwicklungsperspektiven in der Region

➤ Ich bleibe bei meiner Einschätzung, die ich bereits im April 2014 vertreten habe.

Die erneute Leitentscheidung ist eine richtige Reaktion auf die von vielen Gutachten bestätigten "wesentlichen veränderten Grundannahmen".

Dies muss nach § 30LPIG zwingend zu einer Überprüfung des Vorhabens führen, wie es in der Genehmigungsentscheidung der 90ziger Jahre ausdrücklich angelegt wurde.

Die Überprüfung ist deshalb keine politische Willkür und steht auch nicht im Widerspruch zur notwendigen Investitionssicherheit für das Unternehmen.

Es ist deshalb auch nicht überraschend, dass sowohl RWE, wie auch die IGBCE im Grundsatz positive Stellungnahmen zum Entwurf der Leitentscheidung abgegeben haben. Die Notwendigkeit eines weiteren Abbaus in Hambach und Inden werden bestätigt und erneut Verlässlichkeit und Rechtssicherheit für das verkleinerte Abbaufeld in Garzweiler II hergestellt.

Natürlich hat man

dort weitergehende Wunschvorstellungen. Aber der Verzicht auf einen – allen Beteiligten bis heute nicht genau bekannten – Teil der Lagerstätte ermöglicht unter den heute veränderten Gegebenheiten des Energiemarktes noch eine Förderung und Verwendung der Braunkohle für weitere Jahrzehnte – also auch über 2030 hinaus.

Zu einem Strukturbruch beim RWE und in der Region wird es hierdurch jedenfalls nicht kommen und es ist ausreichend Zeit für einen vorausschauenden Strukturwandel gegeben. Arbeitsplätze sind dabei kurzfristig nicht gefährdet.

Dem Unternehmen ist deshalb anzuraten, zur Akzeptanz für einen weiteren Abbau in der Region beizutragen, indem man die 400 m Abstand zur Ortslage Holzweiler nicht mehr in Frage stellt und auch die bestehende L 19 nicht mehr überschreitet.

Das wird erkennbar die Gretchenfrage für einen erfolgreichen Konsens mit den Bürgern und der Region sein, weil eine indirekte Anbindung des Ortes an die Schule und die Nahver-

sorgung in Kückhoven und nach Erkelenz die Entwicklungsperspektiven wieder massiv beeinträchtigt. Darüber hinaus würde das Überschreiten der L19 - entgegen den Vorgaben der Landesregierung – doch wieder eine Abbaggerung von drei Seiten um Holzweiler bedeuten. Wer das trotzdem fordert, der vergift damit die Chance auf einen positiven Konsens in der Region.

Auch der jetzige Zeitpunkt für diese Überprüfung der Grundannahmen ist richtig, weil der Braunkohlenaussschuss jetzt mit den Umsiedlungsplanungen für Holzweiler hätte beginnen müssen. Wenn man aber von den Menschen dann verlangt, sich z. B. mit alternativen Standorten für eine Umsiedlung auseinanderzusetzen, dann ist danach der alte Ort nicht mehr sinnvoll zu erhalten.

Den Holzweilern hilft nur eine schnelle und klare Entscheidung unter Berücksichtigung der besonderen Situation des Ortes: Die seit vielen Jahren fehlende Investitionsentwicklung, die Verschiebung der Altersstruktur oder der drohende Abbau von 3 Seiten (Insellage) Ein ernsthafter Versuch, den Ort zu erhalten, muss deshalb in besonderer Weise Entwicklungsperspektiven fördern.

Aber nicht nur das Unternehmen, auch die Betroffenen werden eine Kröte schlucken müssen. Der Entwurf der Leitentscheidung stellt auch un-



So erreichen Sie Bernd Krückel:

Düsseldorfer Büro

Tel.: 0211/8842764 Fax: 0211/8843319 E-Mail: bernd.krueckel@landtag.nrw.de

So erreichen Sie Dr. Gerd Hachen:

Düsseldorfer Büro

Tel.: 0211/8842780 Fax: 0211/8843319 E-Mail: gerd.hachen@landtag.nrw.de

missverständlich fest, dass sie sich auf die veränderte Abbauplanung nach 2030 bezieht und die rechtsgültigen Genehmigungen anderer Abbaubereiche oder anderer Tagebaue mit den dort gültigen Abbaugrenzen ausdrücklich nicht verändert, sondern bestätigt werden.

Das schafft Verlässlichkeit für das Unternehmen auf Kosten der Hoffnung vieler Betroffener in anderen Randorten, vielleicht auch noch verbesserte Ab-

standsregelungen erzielen zu können.

Der jetzt vorgelegte Entwurf der Leitentscheidung enthält also schwierig zu akzeptierende Detailregelungen für den Bergbautreibenden und die Betroffenen gleichermaßen und damit alle Elemente eines guten Kompromisses, bei dem auch die Sicherheit der Energieversorgung gewahrt bleibt. Er sollte deshalb schnell und ohne weitere Veränderungen beschlossen werden.

Lediglich die Aussagen zur Wasserwirtschaft und zum Restsee sind zu allgemein, unkonkret und deshalb enttäuschend. Hier besteht noch erheblicher Klärungsbedarf, der nicht komplett in das jahrelange Verfahren im Braunkohlenausschuss verschoben werden darf.

Dr. Gerd Hachen MdL

Vorsitzender
der Revierkonferenz der IRR

Landtag würdigt 60-jähriges Bestehen der Bundeswehr

Der Landtag hat der Bundeswehr zu ihrem 60-jährigen Bestehen gratuliert. An einer „Parlamentarischen Begegnung“ nahmen auf Einladung von Landtagspräsidentin Carina Gödecke und des Kommandeurs des Landeskommandos Nordrhein-Westfalen, Brigadegeneral Peter Gorgels, mehrere hundert Gäste teil, darunter Vertreter von 25 Bun-

deswehr-Standorten in NRW. Zuvor hatte auch das Plenum den Soldatinnen und Soldaten für ihren Einsatz gedankt.

„Es war ein feierlicher Rahmen, in dem das Engagement und die Anstrengungen der Soldaten in der nunmehr 60-jährigen Geschichte der Bundeswehr angemessen gewürdigt wurde.“, erklärte der Heinsberger CDU-

Landtagsabgeordnete Bernd Krückel, der mit dem Kommandeur des AWACS-Verbandes, Brigadegeneral Stoye, und dem Kommandeur des Zentrums für Verifikationsaufgaben der Bundeswehr, Brigadegeneral Braunstein, zwei Vertreter aus Standorten in seinem Wahlkreis zu Gast hatte.

Bernd Krückel MdL



Waren beeindruckt vom Parlamentarischen Abend der Bundeswehr: v.l.n.r. Stoye, Krückel, Braunstein



Ortsverband Doveren

An alle Mitglieder und FREUNDE !



Wir freuen uns auf einen vorweihnachtlichen Tag mit Ihnen zusammen auf der **Burg Dürboslar** (nahe Aldenhoven), um dort einen Weihnachtsbaum auszusuchen, auszugraben und/oder zu schlagen.

**Unser Service:
Transport bis vor die Haustür!**

Abgerundet wird unsere Weihnachtsbaumaktion durch eine kleine Weihnachtsfeier mit Musik, Gesang und Geschichten in gemütlicher Runde. Ein echtes Erlebnis in der vorweihnachtlichen Zeit.

**Samstag, 12. Dezember 2015,
14.00 Uhr**

Bitte merken Sie sich den Termin vor und melden sich bis zum 05.12.2015 unter 02433/4644 (Andrea Axer) oder unter 02433/4586664 (Karlheinz Bollenberg) an.

Mit Suppe, Weckmann, Glühwein und Kakao wird bestens für das leibliche Wohl gesorgt. Der Unkostenbeitrag beträgt pro Erwachsener 5 Euro (Kinder ab 6 Jahre 2,50 Euro). Der Erlös dient einem guten Zweck.

Herzliche Grüße im Namen der CDU-Doveren
Christiane Leonards-Schippers



Wien-Busreise - 30.04. - 05.05.2016

➤ Nach wie vor ist Wien die charmante, glanzvolle Donaumetropole mit schönen Bauten, Theatern und Museen, mit der traditionsreichen Hofreitschule und dem wie eh und je beliebten Prater, mit Kaffeehäusern und Heurigenlokalen. Wiener Walzer und Wiener Schnitzel, Wiener Sängerknaben und Wiener Würstchen, Wiener Blut und Wiener Philharmoniker – welche Stadt hat so vielen angenehmen Dingen ihren Namen gegeben?

Gewinnen Sie einen umfassenden Eindruck über die historisch bedeutendsten Sehenswürdigkeiten Wiens.

Wir fahren über die Ringstraße mit ihren Prachtbauten, wie z. B. der Staatsoper, dem Kunst- u. Naturhistorischen Museum, dem Rathaus, dem Burgtheater, der Universität, zur Hofburg, der ehemaligen Kaiserlichen Winterresidenz.

Als Höhepunkt erleben Sie die Prunkräume von Schloss Schönbrunn.

Unsere Leistungen insgesamt: von Samstag, 30.04. bis Christi Himmelfahrt, 05.05. 2016:

4 Üb./HP in Wien, ****Hotel Ananas (EZZ 175,- €)

1 Üb./HP in Regensburg, Hotel Goliath

2 ganztägige Stadtführungen in Wien, Führung Staatsoper und Dom Regensburg, Weinprobe in Gumpoldskirchen, Eintrittsgelder Schönbrunn, Karlskirche, Prater, Kaisergruft zum Preis von 584,- €.

Rosemarie Gielen



Stichwahlergebnisse in Geilenkirchen:

➤ Wie in unserer Union HS
Ausgabe Oktober 2015 angekündigt hier die Stichwahlergebnisse der Bürgermeisterwahl in Geilenkirchen:

Wahlberechtigte:
22 592
abgegebene Stimmen:
9 911
davon gültig:
9 766
Wahlbeteiligung:
43,87 %

auf Georg Schmitz entfielen
5 461 Stimmen = 55,92 %
(somit gewählt)

auf Ronnie Goertz entfielen
4 305 Stimmen = 44,08 %

Rom-Fahrt



Unter der bewährten Leitung von Rosemarie Gielen fand eine Romreise für "Fortgeschrittene" statt.

Das Foto zeigt unsere Reisegruppe auf dem Petersplatz.

Alle Teilnehmer waren von dieser außergewöhnlichen Reise begeistert.

Reise der CDU-Wegberg nach Berchtesgaden 2015

Die bewährten guten Urlaubsfahrten der CDU-Wegberg unter der Leitung von Klaus Brunen brachten es in diesem Jahr auf 3 ausverkaufte Busreisen in das Berchtesgadener Land. Die Reisegruppe blieb jeweils von Sonntag bis Sonntag am Urlaubsort Berchtesgaden. Von dort wurden Tagestouren, Besichtigungen, Führungen und Schifffahrten unternommen. Natürlich wurde zuerst der Standort Berchtesgaden durch exzellente Führungskräfte besichtigt. Danach ging es zum Königssee. Ein Schiff brachte uns an der Echo-Wand vorbei bis

St. Bartholomä. Vor Ort konnte man ins Gasthaus einkehren oder wandern.

Einen Tag ging es nach Innsbruck, der Bus führte uns durch eine herrliche Bergwelt und schmucke Alpenorte. Eine Führung in Innsbruck brachte uns unter anderem die Hofkirche und die Fürstengräber näher.

Das Salzkammergut mit seinen schön gelegenen Seen und Orten war ein weiterer Besichtigungspunkt. Von Bad Ischl aus mit dem Schiff nach St. Wolfgang und natürlich besuchten wir auch das Restaurant „Zum Weißen Rössel“.



Am vorletzten Tag ging es nach Salzburg. Die weltberühmte Mozart- und Festspielstadt durfte in der Besichtigungsfahrt nicht fehlen. Bei einem Stadtrendgang wurde uns die historische Altstadt näher gebracht.

Nach einem erholsamen freien Tag fuhren die Reisegruppen zufrieden in die Heimat und bedankten sich herzlich bei den jeweiligen Reiseleitern unserer Fahrten: Helmi Preis sowie Sonja und Herbert Müller für diese aufschlussreiche schöne Reise.

Klaus Brunen

Abs.: CDU-Kreisverband Heinsberg, Heinrich-Köppler-Haus
Schaffhausener Straße 42, 52528 Heinsberg

G 12748 E
Postvertriebsstück
- Entgelt bezahlt -